

Solarpark im Bundeswehrlager bis Jahresende?

SPD, FW und Grüne fassten Beschluss gegen CDU – Union kritisiert: Nicht größtmöglichen Nutzen für Gemeinde im Blick

Buseck (rüg). Was von allen Beteiligten erwartet wurde, trat am Dienstagabend im Kulturzentrum auch ein: Die Parlamentssitzung unter der Leitung von Norbert Weigelt (SPD) weitete sich zu einem von manchen Misstönen begleiteten Marathon aus. Sieben Anfragen, diverse Wahlen für Verbandsversammlungen und Kommissionen, die

zum Teil in geheimer Abstimmung über die Bühne gingen, Sitzungsunterbrechungen und die Fortsetzung der schon im Bauausschuss kontrovers geführten Diskussion um Fotovoltaikanlagen im ehemaligen Munitionslager in Alten-Buseck sorgten dafür, dass die Tagesordnung nicht zu Ende gebracht werden konnte.

Unumstritten war die Ernennung von Torsten Nicolai und Andreas Schepp zum Wehrführer bzw. stellvertretenden Wehrführer in Großen-Buseck. Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre. Bürgermeister Erhard Reinl lobte beider Einsatz für die Allgemeinheit und besonders Schepps Engagement beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses und bat den Dank an alle Kameradinnen und Kameraden weiterzugeben. Erste Gratulanten waren Parlamentsvorsitzender Norbert Weigelt und Gemeindebrandinspektor Frank Müller.

Weniger harmonisch dagegen das politische Alltagsgeschäft: Die CDU wollte – wie auch schon im Bauausschuss (die GAZ berichtete) – einen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt wissen, der unter anderem vorsah, keine weiteren Dach- und Freiflächen der Gemeinde ohne vorherige Ausschreibung zu verpachten. Ansonsten, so Oliver Steinbach in der Begründung, bestehe die Gefahr, dass der Gemeinde ein wirtschaftlicher Schaden entstehe.

CDU: »Zuschlag für Meistbietenden«

Die Wertschöpfung könne die Gemeinde selbst realisieren: »Das Beispiel Hungen zeigt dies deutlich. Bereits nach zehn Jahren werden hier Einnahmen für den Haushalt realisiert. Aufgrund der defizitären Haushaltslage ist es unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln, dass die Gemeinde auf Einnahmen verzichtet.«

Dachflächen für Fotovoltaikanlagen seien gesucht, das zeige ein Blick ins Internet, gab Steinbach zu bedenken. Angesichts des defizitären Haushalts der Gemeinde sei es zwingend, dass der Meistbietende den Zuschlag bekomme. Auch Bürgerprojekte müssten sich dem Markt stellen.

Wie schon im Ausschuss lehnte eine Mehrheit von SPD, Freien Wählern und Grünen die Dringlichkeit ab und legten einen gemeinsamen Antrag vor, dessen Zeitdruck wiederum die Union nicht sah. Darin ging es um die Einrichtung eines Solarparks im ehemaligen Bundeswehrlager mit Fertigstellung zum 31. Dezember dieses Jahres.

Sollte die Gemeinde dies selbst nicht leisten können, soll bei der Vergabe »ein höchstmögliches Maß an Bürgerbeteiligung aus der Region ein Hauptkriterium sein«. Begründet wurde die Dringlichkeit von Roland Kauer mit geplanten Änderungen des Einspeisegesetzes durch den Bund, wodurch es unmög-



Ernennung: (von links) Parlamentsvorsitzender Norbert Weigelt, stellvertretender Wehrführer Großen-Buseck Andreas Schepp, Wehrführer Torsten Nicolai, Gemeindebrandinspektor Frank Müller und Bürgermeister Erhard Reinl. (Foto: rüg)

lich gemacht werde, ab kommendem Jahr solche Solarparks auf Naturschutz- und FFH-Flächen zu installieren.

Dem widersprach Steinbach: Zum einen sei die Forderung nach einem Solarpark schon mehrfach beschlossen worden, zum anderen sei die Dringlichkeit mit einer falschen Behauptung begründet. Offensichtlich habe sich bei den Antragstellern niemand die Mühe gemacht, ins EEG reinzuschauen.

»Wie mir Herr Jürgen Busse, Dezernatsleiter beim Regierungspräsidium Gießen und zuständig für den Bereich nationale Schutzgebiete mitgeteilt hat, handelt es sich bei unserem Munitionsdepot weder um ein Naturschutzgebiet (...) oder um einen Nationalpark, sondern vielmehr um ein Natura-2000-Gebiet bzw. eine FFH-Fläche«, so Steinbach. Sie sei somit nicht betroffen von den Gesetzesänderungen, die als Begründung angeführt worden seien.

SPD: »Bürgerbeteiligung vor Rentabilität«

Die Mehrheit sah jedoch die Dringlichkeit und setzte den Antrag auf Punkt fünf der Tagesordnung. Nachdem Uwe Kühn (FW) und Willy Marx (SPD) wegen möglichen Widerstreits der Interessen (Vorstandsvorsitzender bzw. Aufsichtsratsmitglied bei Sonnenland eG) den Sitzungsraum verlassen hatten, begann die Diskussion jedoch zunächst mit einer von SPD-Fraktionschef Roland Kauer beantragten Sitzungsunterbrechung.

Nach kurzer Beratung der Antragsteller blieb die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung. »Was bei einer Beschlussfassung im Bund herauskommt, wissen wir alle noch nicht«, meinte Kauer. Der von der CDU geforderte »größtmögliche Nutzen liegt vielleicht bei einem Anbieter aus China und

würde uns die Möglichkeiten vor Ort nehmen.«

»Bürgerbeteiligung muss vor Rentabilität stehen«, forderte Anette Henkel (SPD). Besonders in diesem Gebiet müsse man auch die Bürger von Staufenberg dafür gewinnen, denn solche Projekte hätten Zukunft. Die Gemeinde selbst werde das nicht leisten können, und ausländische Investoren würden darin lediglich Abschreibungsobjekte sehen.

Willy Jost (SPD) unterstrich: Heute werde über die Möglichkeit für einen Solarpark beschlossen und nicht darüber, wer ihn betreibt. Wenn die CDU hier den Verdacht einer Begünstigung von Sonnenland habe, dürfe in Zukunft kein Parlamentarier mehr über einen Bebauungsplan abstimmen, weil sich möglicherweise in Zukunft dort ein persönliches Interesse ergeben könne.

Zu einem Änderungsantrag der CDU mit der Forderung nach »größtmöglichem wirtschaftlichen Vorteil für die Gemeinde« (er wurde schließlich mehrheitlich abgelehnt), sagte Jost, dass Großinvestoren kein Interesse an der Entwicklung der Gemeinde hätten, sondern daran, ihre Steuerlast durch solche Projekt zu mindern: »Bei Bürgerprojekten investieren die Bürger in die eigene Kommune. Auswärtige Investoren tragen alle Erträge aus der Gemeinde heraus.«

»Beschießen anderes als Antrag aussagt«

Sven Simon (CDU) warf den anderen Fraktionen vor, eine Dringlichkeit zu konstruieren. Der Antrag stehe in Widerspruch zu den Aussagen der Antragsteller, was die Rolle der Gemeinde betreffe. Die Tatsache, dass zwei Parlamentarier den Saal verlassen hätten, lege die Bevorzugung von Sonnenland nahe, warum sonst solle ein Interessenskonflikt vorliegen. Simon: »So hat der Antrag den Geschmack, dass wir etwas anderes beschließen, als der Antrag aussagt.«

Kauer bezeichnete daraufhin den »Loyalitätskonflikt« erneut als konstruiert und erst durch die CDU aufgebracht. Nur daraufhin seien die beiden Kollegen hinausgegangen, um »mögliche Schäden von der Gemeinde fernzuhalten«. Außerdem sei niemand daran gehindert, Mitglied einer Genossenschaft zu werden. Sonnenland stehe ausdrücklich nicht im Antrag drin, und Bürgerbeteiligung schließe Wirtschaftlichkeit nicht aus.

SPD, FW und Grüne fassten den Beschluss zum Solarpark im ehemaligen Munitionslager gegen die Stimmen der CDU.